

quo, soweit sie bekannt sind, aus der Saar fortzuführen"²⁰. Verhandlungen mit den Völkerbundsdelegierten und Regierungsbevollmächtigten von Frankreich hätten hierzu bereits stattgefunden; ferner sei beabsichtigt, alle an der Saar befindlichen Vermögenswerte zu liquidieren, um mit den gewonnenen Geldern die Emigranten zu unterstützen und die illegale Arbeit zu finanzieren. Braun verwies jedoch darauf, daß für die Emigranten der Völkerbund sowie die beteiligten Länder mit größeren finanziellen Mitteln einspringen müßten. Er selbst sah zu diesem Zeitpunkt seine Aufgabe darin, "die Saar zum Zentrum des illegalen revolutionären Kampfes in Deutschland überhaupt zu machen und die Einheitsfront, die an der Saar zwischen allen antifaschistischen Parteien geschaffen worden ist, auf das ganze Reich zu übertragen"²¹.

Nach dem Lagebericht von Max Braun und dem vorangegangenen Bericht zur Volksabstimmung des englischen Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Walter Citrine, legte der österreichische Delegierte Sturmthahl den eigentlichen Bericht zur Emigrantenfrage vor. Auch er bestand auf der großen Verantwortlichkeit des Völkerbundes, aber auch Frankreichs, für die Emigranten und führte aus, Frankreich werde zunächst alle die Emigranten übernehmen, die schon jetzt die französische Staatsangehörigkeit besäßen; ferner werde es alle Anträge, die vor dem 1. Januar (1935) gestellt worden seien, großzügig behandeln. Von der französischen Industrie in Lothringen werde genau geprüft, ob Saararbeiter entlassen werden könnten, um sie durch Emigranten zu ersetzen. Bei Arbeitern von der Saar, die ihren Wohnsitz nicht in Lothringen nehmen wollten, werde davon ausgegangen, daß sie für Deutschland gestimmt haben. Ferner habe sich die lothringische Industrie bereit erklärt, darüber hinaus eine Reihe von Hütten- und Grubenarbeitern zu übernehmen. Großzügig könne mit jüdischen Flüchtlingen verfahren werden, da eine große Anzahl von ihnen bereits seit längerer Zeit Vorsorge getroffen und ihr Vermögen in Frankreich angelegt habe bzw. sich darauf vorbereitet habe, nach Übersee oder Palästina auszuwandern. Der Kommissar für Palästina habe sich bereit erklärt, "das Kontingent (zu) erhöhen für Emigranten aus der Saar, die die nötigen Geldmittel zur Ansiedlung"²² besäßen. Weiterhin bestehe der Plan, eine große Anzahl der Emigranten in den französischen nordafrikanischen Besitzungen unterzubringen. Schwierigkeiten beständen lediglich in der

²⁰ Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Brüssel an das AA v. 23.1.1935. AA...betr. Parteien im Saargebiet, Bd. 15.

²¹ Ebd. Bd. 15. Bezüglich der Gelder meldete der innenpol. Lagebericht der Staatspolizeistelle Saarbrücken v. 4.4.1935, daß beim Einrücken der NS-Machthaber in Saarbrücken das Vermögen der SP zum größten Teil bereits beiseite geschafft war, die Räume der Arbeiterwohlfahrt in der Hohenzollerstraße vollkommen ausgeräumt waren, ebenso das Parteibüro in der Brauerstraße. Beschlagnahmt wurde lediglich das Reichsbanner in Sulzbach (seit 1933 Sozialistischer Schutzbund; als Sportschule und Wohnungsheim benutzt). LA Saarbrücken, Best. Gestapo Saarbrücken, Nr. 28, Bl. 4ff. Während allerdings der Gestapo-Bericht v. 5.2.1936 für die KP eine wachsende illegale Tätigkeit meldet, verzeichnet er für die SPD 1935 keine Aktionen bzw. erst 1936 beginnend geringere Aktivitäten. Ebd. Nr. 28, bes. Bl. 2ff.

²² AA...betr. Parteien im Saargebiet, Bd. 15.